

# Antrag

**Initiator\*innen:** VV (beschlossen am: 13.05.2026)

**Titel:** Organisierte Kriminalität als  
gesamtgesellschaftliche Herausforderung

## Antragstext

### Beschlusstext:

- Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) würdigt das Orientierungspapier des Vorstands der Deutschen Kommission Justitia et Pax „[Organisierte Kriminalität als Herausforderung für Gesellschaft und Kirche](#)“ und die gemeinsame Erklärung verschiedener Justitia-et-Pax-Kommission Europas „[Europe facing the challenges of organized crime](#)“ und stellt fest, dass die Herausforderungen unverändert bestehen. Deshalb erneuern wir die Notwendigkeit, stärker auf Organisierten Kriminalität zu blicken und sie als gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzunehmen, deren Bekämpfung über rein polizeiliche Strategien hinausgehen muss.
- Das ZdK fordert die Einrichtung von Runden Tischen zur Organisierten Kriminalität auf a) Bundesebene – zur strategischen Gesamtkoordination relevanter staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, b) Landesebene – zur regionalen Vernetzung von Sicherheitsbehörden, Justiz, Prävention, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
- Ziel dieser Runden Tische soll es sein, Entwicklungen frühzeitig zu analysieren, präventive und strukturelle Gegenmaßnahmen zu entwickeln, ressortübergreifende Strategien abzustimmen und die gesamtgesellschaftliche Verantwortung sichtbar wahrzunehmen.
- Das ZdK wird den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern suchen und

21 seine zivilgesellschaftliche Perspektive aktiv in entsprechende Prozesse  
22 einbringen. Die Diözesanräte im ZdK werden gebeten, entsprechend auf  
23 Landesebene politisch zu handeln.

## Begründung

Einleitung:

Organisierte Kriminalität (OK) ist in Deutschland und Europa ein unterschätztes, aber wachsendes sicherheitspolitisches und gesellschaftliches Problem. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax beschäftigt sich seit 2019 intensiv mit diesem Phänomen. Aus dieser Arbeit ist unter anderem das Orientierungspapier „Organisierte Kriminalität als Herausforderung für Gesellschaft und Kirche“ ([https://www.justitia-et-pax.de/jp/publikationen/pdf/guf\\_143.pdf](https://www.justitia-et-pax.de/jp/publikationen/pdf/guf_143.pdf)) und die gemeinsame Erklärung „Europe facing the challenges of organized crime“ verschiedener europäischer Justitia-et-Pax-Kommissionen ([https://www.justitia-et-pax.de/jp/pressemeldungen/daten/20250321-Europe-and-organised-crime\\_final-declaration.pdf](https://www.justitia-et-pax.de/jp/pressemeldungen/daten/20250321-Europe-and-organised-crime_final-declaration.pdf)) entstanden.

Die zentrale handlungsleitende Erkenntnis lautet dabei, dass OK nicht einfach nur eine Kriminalitätsform ist. Durch seine Natur birgt es die Gefahr, die Sicherheit von Individuen und Gesellschaften zu gefährden, indem sie u.a. das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und soziale Strukturen bedroht. Die Bekämpfung und Eindämmung von OK geht darum weit über klassische polizeiliche Aufgaben hinaus und muss als gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Herausforderung verstanden werden. Sie fordert einen multidimensionalen Präventions- und Bekämpfungsansatz auch auf verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Ebenen.

Hintergründe /Argumentation:

Die aktuellen Lagebilder der Sicherheitsbehörden verdeutlichen die Dimension des Problems: Im Jahr 2024 verursachte organisierte Kriminalität in Deutschland einen gemeldeten Gesamtschaden von rund 2,64 Milliarden Euro. In diesem Zusammenhang wurden 647 Ermittlungsverfahren geführt – einer der höchsten Werte der vergangenen zehn Jahre. Ein erheblicher Anteil der festgestellten Schäden entfiel auf wirtschaftskriminelle Delikte, insbesondere auf Geldwäsche. Allein die in entsprechenden Verfahren identifizierten gewaschenen Vermögenswerte summierten sich auf über 230 Millionen Euro. Diese Zahlen lassen erkennen, dass organisierte Kriminalität nicht nur punktuelle Straftaten begeht, sondern gezielt wirtschaftliche Strukturen nutzt und durchdringt.

Hinzu kommt die zunehmende Technologisierung krimineller Netzwerke. Europäische Sicherheitsbehörden weisen darauf hin, dass künstliche Intelligenz mittlerweile gezielt zur Automatisierung von Betrugsmodellen, zur Erstellung täuschend echter Deepfake-Inhalte oder zur Verschleierung von Geldflüssen eingesetzt wird. Dadurch gewinnen kriminelle Strukturen an Reichweite, Geschwindigkeit und Professionalität. Gleichzeitig

verschärft sich im digitalen Raum die Bedrohung durch sexualisierte Gewalt gegen Kinder. Ermittlungsbehörden berichten von einer stetig wachsenden Zahl digital verbreiteter Missbrauchsdarstellungen sowie von gezielten Ansprachen Minderjähriger über soziale Netzwerke und Messenger-Dienste. Die digitale Infrastruktur ermöglicht es organisierten Tätergruppen, grenzüberschreitend zu agieren und sich arbeitsteilig zu organisieren.

Diese Entwicklungen zeigen: Polizeiliche Maßnahmen bleiben unverzichtbar, reichen jedoch allein nicht aus. Die komplexen, transnationalen und zunehmend digitalisierten Strukturen organisierter Kriminalität erfordern einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Prävention, Regulierung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, technologische Kompetenz, Bildungsarbeit und internationale Kooperation müssen ineinandergreifen. Nur durch eine strukturierte und kontinuierliche Vernetzung aller relevanten Akteurinnen und Akteure kann dieser Herausforderung wirksam begegnet werden.

Organisierte Kriminalität ist mehr als eine Kriminalitätsform. Sie besitzt das Potential, gesellschaftliche Strukturen systematisch zu unterwandern und demokratische Ordnungen zu schwächen. Eine wirksame Antwort erfordert deshalb koordinierte, interdisziplinäre und nachhaltige Formen des Austauschs – insbesondere durch institutionalisierte Runde Tische auf Bundes- und Landesebene.